

In dieser Ausgabe setzen wir unsere Essay-Reihe zur Zukunft der Sozialdemokratie fort, die wir im Juni begonnen haben und in der bereits u.a. Albrecht von Lucke, Thomas Meyer, Gesine Schwan, Thorsten Schäfer-Gümbel und Johano Strasser debattiert haben. Zum Europathema bringen wir die Analysen des Politik- und Wirtschaftswissenschaftlers Björn Hacker und der langjährigen Europapolitikerin Angelica Schwall-Düren.

Björn Hacker

Wo steht die SPD in der Europapolitik?

Eine Spurensuche und Einordnung

Mitte Juni 2015. Die Ansichten zum Management der Eurokrise prallen zwischen der griechischen Regierung und der Eurogruppe frontal aufeinander. Inmitten des Tauziehens um eine Verlängerung des zweiten Kreditpakets kommt von SPD-Chef Sigmar Gabriel via BILD-Zeitung die Meldung, Europa und Deutschland ließen sich von der griechischen Regierung nicht erpressen: »Und wir werden nicht die überzogenen Wahlversprechen einer zum Teil kommunistischen Regierung durch die deutschen Arbeitnehmer und ihre Familien bezahlen lassen.«

Die Sprache des Boulevards. Unmissverständlich populistisch, wie man sie eigentlich von der CSU kennt. Aber von der Spitze der deutschen Sozialdemokratie? Etwas muss geschehen sein, dass Gabriel so radikale Töne anschlägt. Verärgerung über Tsipras' und Varoufakis' mangelnde Diplomatie, klar. Unmut über die nicht enden wollende Krise, verständlich. Eine deutsche Öffentlichkeit, die mehrheitlich einen harten Kurs goutiert, nachvollziehbar. Wer 2017 eine Bundestagswahl gewinnen will, muss an sein Wählerpotenzial denken – und mag der populistischen Versuchung erliegen. Alles akzeptable Gründe. Und doch hat der Parteivorsitzende damit innerparteilich eine Diskussion darüber losgetreten, wo die SPD in ihrer Europapolitik eigentlich steht.

Im Jahr 2007 hat die SPD in ihrem gültigen Hamburger Grundsatzprogramm unter der Überschrift »Das soziale und demokratische Europa« ein konsistentes und zukunftsweisendes Kapitel für sozialdemokratische Europapolitik festgeschrieben. Denn noch vor der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und den Verwerfungen in der Eurozone möchte sie sich am Leitbild einer »politischen Union« orientieren. Langfristig fordert sie die föderale Staatswerdung der EU, demokratisch verfasst, mit einer klaren Gewaltenteilung und einer eigenen Einnahmequelle. Kurz- und mittelfristig soll die bestehende Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) durch eine verbindlich koordinierte Wirtschafts- und Finanzpolitik ergänzt werden, die für Wachstum und Beschäftigung sorgt. Zudem möchten die Sozialdemokraten eine europäische Sozialunion mit verbindlichen Regeln und Standards schaffen: »Neben die Wirtschafts- und Währungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten.« Diese Gleichwertigkeit zur »Wirtschaftsgovernance« soll sich in einem sozialen Stabilitätspakt manifestieren, der Zielmarken für Sozial- und Bildungsausgaben, Unternehmenssteuerharmonisierung, grenzüberschreitende Tarifverhandlungen, freien Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen und den Ausbau der Mitbestimmung in grenzüberschreitenden Unternehmen ermöglicht.

Das Grundsatzprogramm ist visionär, aber nicht abgehoben. Es skizziert notwendige politische Weichenstellungen, die bereits kurze Zeit nach ihrem Beschluss im Zuge europäischer Dauerkrisen relevant wurden. Auch das heute mit Großbritannien reale Problem einer Verweigerung vertiefender Integrationsschritte wird antizipiert. Über das Instrument der verstärkten Zusammenarbeit soll eine differenzierte Integration ermöglicht werden, die für alle Unionsstaaten offen bleibt. Die SPD scheint im Gegensatz zu allen parteipolitischen Konkurrenten über ein analytisch durchdachtes, nach außen unverwechselbares und mögliche Krisen bereits einpreisendes europapolitisches Konzept zu verfügen. Es grenzt sich deutlich ab von einem libertären, auf Selbstverantwortung und Wettbewerb beruhenden Europa der Marktschaffung und skizziert den Weg zu einem Europäischen Sozialmodell sozialdemokratischer Prägung. Diese grundsätzlichen europapolitischen Linien werden in den Programmen zur Europawahl und zur Bundestagswahl 2009 gespiegelt. Hinzu kommen unter dem Eindruck der Pleite von Lehman Brothers und den Folgen noch Forderungen nach einer Finanzmarktregulierung und einer Stärkung der Eurogruppe.

Mit der 2010 beginnenden Eurokrise jedoch schwindet, trotz der damaligen Oppositionsrolle gegen eine schwarz-gelbe Bundesregierung, das Vertrauen in den kurz zuvor noch mit Vehemenz vertretenen progressiven europapolitischen Kurs. Bei den Kredithilfen nebst Austeritätsauflagen für die Krisenstaaten, zunächst auf bilateraler Basis, später dann im Rahmen des EFSF und dann des ESM, tat sich die SPD-Fraktion im Bundestag erkennbar schwer, einen klaren Kurs zu halten. Mal enthielten sich die Abgeordneten, mal stimmten sie zu, im Falle des Fiskalpakts drohte die Fraktionsführung mit einem »Nein« der SPD – und stimmte dann doch zu. Wahlweise wichen Europapolitiker, Haushaltspolitiker oder Mitglieder der parlamentarischen Linken vom mehrheitlichen Abstimmungsverhalten ab. Eine klare Linie sieht anders aus. In Anträgen, Anfragen und Positionspapieren wiederholt die Fraktion zwar die aus dem Grundsatzprogramm überlieferten Politikansätze, in konkrete, auf die Krise passgenaue Forderungen werden sie jedoch selten gegossen. Das ist umso erstaunlicher, da die schwarz-gelbe Regierung ganz offensichtlich erstens viel zu spät, zweitens unter Ausblendung des systemischen Charakters der Krise und drittens bei viel höheren inneren Konflikten als in den Oppositionsparteien reagiert. Die SPD kritisiert Merckels Kurs des krisenverstärkenden *muddling through* mitunter stark. Ihre alternativen programmatischen Ziele spielt sie dabei allerdings nicht aus – zugunsten eines staatstragenden Zustimmungsverhaltens zu den meisten Initiativen der Regierung in der Eurokrise.

So entsteht das Bild einer von der Eurokrise kalt erwischten Sozialdemokratie, die sich hehre europapolitische Ziele gegeben hat, die realpolitisch abseits mantraartiger Wiederholungen jedoch keine Rolle spielen. Im Programm zur Bundestagswahl 2013 werden unter der Überschrift »Für ein besseres Europa« brav Aspekte aus dem Grundsatzprogramm der Partei aufgelistet: »Wir wollen kein Europa, das Spielball der Märkte ist, sondern eines, das im Interesse der Menschen handelt. Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Aus diesem Grund wollen wir die Politische Union Europas weiter vertiefen.« Harsch kritisiert werden CDU und FDP für ihr Krisenmanagement und für die sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen. Die SPD verkaufte sich zur Wahl als Partei der Abkehr von einem falschen europapolitischen Pfad. Mit ihr in der Regierung würde Kurs auf eine europäische Wirtschaftsregierung und eine Sozialunion genommen, würde die Krise nicht länger durch Austeritätspolitik verschlimmbessert, son-

*Zaudern in der
Eurokrise*

dern mittels Schuldentilgungsfonds, Investitionspaket, Bankenunion und dem Abbau makroökonomischer Ungleichgewichte überwunden werden.

Das ist politisch schizopren: Warum war die deutsche Sozialdemokratie nicht von Beginn der Eurokrise bis zum Ende der 17. Legislaturperiode 2013 in der Lage, ebendiese Abkehr vom Merkelschen Merkantilismus offensiv zu vertreten? Nun, sie hat es ja versucht. In der Wissenschaft wurden zahlreiche alternative Konzepte für die Überwindung der Krise und Neugestaltung der Euro-Architektur entwickelt, die ihren Weg auch in die SPD-Gremien gefunden haben. Erinnert sei nur an einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, Entschuldungsinitiativen, einen Eurozonenhaushalt, Eurobonds, eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung, einen Schuldentilgungsfonds, einen europäischen Marshallplan u.v.m. Symptomatisch bei jeder Idee, für die sich die SPD stark gemacht hat: Erst zeigen die Spitzen von Partei und Fraktion Interesse, dann ziehen sie den Versuchsballon im Zuge der Kritik der (ver-)öffentlichen Meinung wieder zurück und tragen mangels eigener Alternativen letztlich den eben noch kritisierten Kurs Merkels mit. Am besten illustriert das Beispiel der Gemeinschaftshaftung dieses Verhalten: Im Juli 2011 sprechen sich Gabriel, Steinbrück und Steinmeier für die baldige Einführung von Eurobonds aus. Nach vielen kritischen Stimmen in den Medien wird nach der Sommerpause jedoch eine Wende um 180 Grad verkündet: Die SPD positioniert sich fortan klar gegen Eurobonds. Gesine Schwan fasst diese »Strategie« in einem Beitrag für die Ausgabe 6/2012 dieser Zeitschrift treffend zusammen: »Es genügt nicht, Eurobonds zunächst zu fordern, dann in Erwägung zu ziehen, schließlich auf später zu verschieben und damit in Positionen einzumünden, die Frau Merkel kurz davor in cleverer Voraussicht gerade selbst bezogen hat.« Die Angst vor dem Markenzeichen als Geldausgeberpartei, als Verfechterin einer Transferunion, in der Deutschland für die Kosten anderer aufkommen muss, als Totengräberin des – obwohl ökonomisch unsinnig – hoch gelobten Exportmodells, lassen die SPD-Spitze eine alternative Krisenpolitik selbst in Oppositionszeiten nicht konsequent vertreten.

Mit dieser Gesichtslosigkeit in Europafragen hat Peer Steinbrück im Wahlkampf 2013 Schluss gemacht. Nah an seinem Vorbild Helmut Schmidt, der seiner Partei seit Krisenbeginn regelmäßig Lektionen zur Europapolitik erteilt hat, widerspricht Steinbrück der Merkelschen Erzählung einer Staatsschuldenkrise in der europäischen Peripherie und weist auf ihren systemischen Charakter hin. Er betont die Verantwortung Deutschlands und fordert mit den im Wahlprogramm genannten Instrumenten eine vollständige Kehrtwende in der Europapolitik.

Doch dann kommen die Koalitionsverhandlungen. Ohne Not erfolgt sehr schnell die Stilisierung Europas zum Konsenthema zwischen den verhandelnden Parteien CDU, CSU und SPD. Innenpolitische Anliegen, wie Ausnahmen bei der Rente mit 67 oder der Mindestlohn, sind der SPD wichtiger als die Rettung einer europapolitischen Programmatik, die im Wahlkampf keine zentrale Rolle gespielt hat. Das ist nachvollziehbar, doch die komplette Preisgabe ihrer Forderungen zur Krise und Integrationsentwicklung im Koalitionsvertrag ist erstaunlich. Dort jedenfalls ist nichts mehr übrig vom Anspruch, einen neuen europapolitischen Pfad einzuschlagen. Gesungen wird das Hohelied konservativer Stabilitätspolitik über solide öffentliche Finanzen und wettbewerbsdienliche Strukturereformen. Integrationsbestrebungen werden durch die Prädominanz des Subsidiaritätsprinzips ausgebremst. Die SPD unterschreibt sogar, dass die von ihr selbst ventilierte Idee eines gemeinsamen Schuldenmanagements ein gefährliches Experiment wäre: »Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden würde die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitgliedstaat gefährden.« Hervorgehoben wird,

Europa als Konsenthema mit den Konservativen

Das ist nachvollziehbar, doch die komplette Preisgabe ihrer Forderungen zur Krise und Integrationsentwicklung im Koalitionsvertrag ist erstaunlich. Dort jedenfalls ist nichts mehr übrig vom Anspruch, einen neuen europapolitischen Pfad einzuschlagen. Gesungen wird das Hohelied konservativer Stabilitätspolitik über solide öffentliche Finanzen und wettbewerbsdienliche Strukturereformen. Integrationsbestrebungen werden durch die Prädominanz des Subsidiaritätsprinzips ausgebremst. Die SPD unterschreibt sogar, dass die von ihr selbst ventilierte Idee eines gemeinsamen Schuldenmanagements ein gefährliches Experiment wäre: »Jede Form der Vergemeinschaftung von Staatsschulden würde die notwendige Ausrichtung der nationalen Politiken in jedem einzelnen Mitgliedstaat gefährden.« Hervorgehoben wird,

dass man die hohe Jugendarbeitslosigkeit in den Krisenstaaten bekämpfen möchte. Doch frische Finanzmittel sollen dafür nicht aufgebracht werden. Und die Hauptursache der Jugendarbeitslosigkeit – die verordnete Austeritätspolitik – wird nicht infrage gestellt, sondern künftig von der SPD mitgetragen.

Das Einschwenken der sozialdemokratischen Europapolitik auf die CDU/CSU-Linie macht sich im Frühjahr 2014 im Europawahlkampf bemerkbar. Der Spitzenkandidat Martin Schulz, der noch 2013 seine visionären Gedanken zu einem neuen Krisenmanagement in Buchform präsentiert hat (*Der gefesselte Riese. Europas letzte Chance*), spricht lieber über Steuerhinterziehung, Jugendarbeitslosigkeit und Europa als Friedensmacht, als den Genossinnen und Genossen in Berlin durch paradigmatische Forderungen den Zauber der ersten Regierungsmonate in der Großen Koalition zu zerstören. Auch das Wahlprogramm ist dünn und flüchtet vor eindeutigen programmatischen Aussagen hin zu Allgemeinplätzen, wie z.B. der nichtssagenden Forderung: »Ein Europa der Menschen. Nicht des Geldes.«

In der Großen Koalition setzen die sozialdemokratischen Minister im Kleinen neue Schwerpunkte in der Europapolitik. Sigmar Gabriel lässt im Jahreswirtschaftsbericht seines Ministeriums deutliche Kritik am Exportüberschuss Deutschlands zu, Andrea Nahles sorgt sich intensiv um eine gute soziale Absicherung der durch die Krise notgedrungen mobiler werdenden Arbeitnehmer und der Staatssekretär für Europa, Michael Roth, mahnt unermüdlich eine sozialere und demokratischere EU als wichtige Antwort auf die Krise an. Dennoch: Eine erkennbare Alternative zum Merkelschen Krisenmanagement, das nach fünf Jahren mit der in Südeuropa nicht endenden Krise so offensichtlich krachend gescheitert ist, erwächst daraus nicht. Nach Bekanntwerden von Finanzminister Wolfgang Schäubles Grexit-Plan auf Zeit, kurz vor der Brüsseler Marathonverhandlung um die Aufnahme von Gesprächen über ein drittes Kreditpaket für Griechenland, wurde in der SPD und in den Medien intensiv diskutiert, ob Parteichef Gabriel diesen Plan zuvor gebilligt habe und inhaltlich dahinterstehe. Die Partei war erleichtert zu erfahren, dass es keine Zustimmung von Seiten der SPD zu Schäubles Plänen gegeben habe. Nur, was ist eigentlich schlimmer? Dem Grexit auf Zeit ohne Rückkopplung mit den Parteigremien pro forma zuzustimmen oder in europapolitischen Fragen in der Koalition auf ganzer Linie ignoriert, links gelassen zu werden?

Man kann davon ausgehen, dass es den Vizekanzler wurmt, wie Schäuble und Merkel mit ihrer harten Haltung in der Eurokrise an Zustimmung in der heimischen Bevölkerung gewinnen. Mit dem Koalitionsvertrag hat sich die SPD eine eigene Handschrift in der Europapolitik in dieser Legislaturperiode verbaut. Doch schreien nicht das Scheitern des austeritätspolitischen Ansatzes, die nicht enden wollen- den Krisengipfel, die wirtschaftliche Schwachbrüstigkeit der Eurozone gegenüber den USA, nicht zuletzt die weiterhin hohen Arbeitslosenzahlen, die sozialen Verwerfungen und die aus all diesen Faktoren erwachsende politische Gefahr vom rechten Rand nach einer Neubewertung, nach einem alternativen politischen Pfad? Immerhin gibt es mit Matteo Renzi und François Hollande mächtige sozialdemokratische Verbündete, die den Merkel/Schäuble-Kurs schon lange argwöhnisch beugen und auf eine Kurskorrektur durch die SPD hoffen. Und auch in die Europäische Kommission ist mit Jean-Claude Juncker als Präsident jemand eingezogen, den man kaum als Anhänger des Ordoliberalismus einordnen kann und der noch das ein oder andere Hühnchen mit Angela Merkel zu rufen hat.

Gabriel hat es versucht. Zusammen mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron hat er Anfang Juni 2015 einen gemeinsamen Zeitungsartikel veröffentlicht,

Keine eigene europapolitische Handschrift

in dem für die Eurozone als Ganzes ein tieferer Integrationsprozess vorgeschlagen wird. Kern der geforderten Elemente für einen Umbau der WWU sind ein eigenes Budget für die Eurozone, das über eine Fiskalkapazität ermöglicht würde, und die Einrichtung eines europäischen Währungsfonds. So sollen für die Bedürfnisse des einheitlichen währungspolitischen Integrationsraums eine konjunkturstabilisierende Wirtschaftspolitik ebenso möglich gemacht werden wie Kreditvergaben und Schuldenumstrukturierungen in Krisenzeiten. Im Rahmen einer Wirtschafts- und Sozialunion sollen zudem Steuerwettbewerb und Sozialdumping eingeschränkt werden. Man möchte Beifall klatschen, denn hier leuchten sie alle wieder auf, die verdrängten programmatischen Ziele der Sozialdemokratie für eine andere Europapolitik. Der Applaus kommt nicht zustande, denn nahezu parallel geht ein gemeinsamer Beitrag der deutschen und der französischen Regierung zum Reformprozess der Eurozone bei der Kommission ein, der ganz andere Töne anschlägt.

Hierin nämlich wird das ganze Panoptikum konservativer Europapolitik präsentiert: Stärkere Wettbewerbsfähigkeit, Haushaltskonsolidierung, Verpflichtung zu strukturellen Maßnahmen. Auf Schäubles Ideen für ein Kerneuropa dürfte die Forderung nach einer realen Konvergenz der Volkswirtschaften in der Eurozone zurückgehen, denn bei der Angleichung der Produktionsstrukturen werden viele nicht mithalten können und wollen. Die französische Regierung dürfte die Relevanz langfristiger Investitionen und den Hinweis auf die soziale Basis der WWU eingebracht haben. Von einer Wirtschafts- und Sozialunion, wie bei Gabriel/Macron, ist jedoch keine Rede, ebenso wenig von einem Eurozonenbudget und anderen zukunftsweisenden Aspekten. War Gabriel zu sehr mit seinem eigenen Artikel beschäftigt? Ist die Widersprüchlichkeit im Ministerium niemandem aufgefallen? Oder wurde der Vizekanzler nicht unterrichtet? Da beide Papiere nahezu zeitgleich der Öffentlichkeit bekannt wurden, ging der Pressebeitrag unter; Merkel und Hollande aber wurden für ihren Minimalkonsens zur Vertiefung der Integration gefeiert. Die beiden deutsch-französischen Papiere zur Zukunft der Eurozone, die zum einen den Merkelschen Weg zu einer Stabilitätsunion einschlagen, zum anderen eine umfassende Alternative dazu aufzeigen, illustrieren gut, wie Europapolitik in der Bundesregierung gemacht wird. Für die Öffentlichkeit kann die Sozialdemokratie ab und zu an ihre hehren europapolitischen Überzeugungen erinnern, realpolitisch rangiert sie auf dem Abstellgleis: Kanzleramt und Finanzministerium bestimmen den Kurs.

Kann man es Sigmar Gabriel da verübeln, wenn er vor lauter Verzweiflung dem Versuch erliegt, Wolfgang Schäuble in der Griechenland-Debatte rechts zu überholen? Schließlich gibt es, wenn auch nicht erkennbar in den Umfragewerten, so doch innerparteilich Zustimmung. Zum einen von jenen, denen ein einfaches Schema des schwarz/weiß, des richtig/falsch lieber ist, als die makroökonomische Komplexität der Krisenrealität. Und zum anderen von jenen, die sich schon früh der marktliberalen Ideologie verschrieben haben und sich selbst beweisen wollen, dass sie die besseren Haushälter sind als die Konservativen. In der sommerlichen Hitze der Auseinandersetzung mit der Regierung Tsipras fiel beides zusammen, wurde medial weiter angeheizt und von einigen Politikern mit einer ordentlichen Prise Populismus versehen. Selbst der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion verrennt sich dabei schon mal in die Feststellung, die Notversorgung griechischer Banken mit Liquidität durch die EZB belaste den deutschen Steuerzahler. Das ist in der Sache zwar Quatsch, passt aber schön in den öffentlich zelebrierten Konfrontationskurs. Im Ergebnis führt dies aber zur Beliebigkeit des auf anderen Politikfeldern schon verhöhnten Zick-Zack-Kurses, zur Aufgabe der eigenen Programmatik und zur Unkenntlichkeit in der Positionierung gegenüber den Gesinnungsethikern der

CDU. Was will die SPD denn zum Themenkomplex Europa ins nächste Wahlprogramm schreiben?

Nein, die Verzweigung des Parteivorsitzenden ist eine hausgemachte, genährt vom fehlenden Mut, alternative Positionen auch gegen »BILD, BAMS und Glotze« durchzusetzen und vom machtpolitischen Unwillen, den konservativen Koalitionären das europapolitische Monopol streitig zu machen. Europa mag kein wahlentscheidendes Thema sein, aber die Stützung des CDU-Kurses um den Preis der eigenen Gesichtslosigkeit schadet der SPD langfristig. Dabei besteht eigentlich kein Mangel: Sozialdemokratische Europapolitik ist programmatisch ausführlich notiert, ein alternativer Pfad zur Überwindung der Eurokrise ist zigfach durchdacht und einschlagbar. Hierfür eindringlich und verantwortungsvoll – trotz aller koalitionsären Zwänge – zu werben, wäre heute Aufgabe und Verpflichtung der Sozialdemokratie.



Björn Hacker

ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin.

bjoern.hacker@htw-berlin.de

Angelica Schwall-Düren

Die SPD in der Europapolitik: Ohne Kompass?

Björn Hacker wirft der SPD und speziell ihrem Vorsitzenden Sigmar Gabriel vor, in der Europapolitik orientierungslos zu sein, bzw. zwischen integrationsfreundlichen und souveränistischen Positionen hin und her zu schwanken.

Björn Hacker hat recht, wenn er feststellt, dass die SPD im Grundsatzprogramm 2007 konsistente Europa-Vorstellungen für eine politische und soziale Europäische Union vorgelegt habe. Ich teile auch die Analyse, dass die 2009 in Bundestags- und Europa-Wahlprogrammen darauf abgestimmten Positionen mit und in der Finanzmarktkrise noch punktuell vorgetragen, aber nicht stringent in Lösungskonzepte umgesetzt wurden. Auch ich habe beobachtet, dass immer wieder der Versuch unternommen wurde, wegweisende Alternativen in die Debatte einzubringen (z.B. Entschuldungsinitiativen, Eurobonds). Schnell aber wurden sie wie heiße Kartoffeln wieder fallen gelassen, wenn der erste publizistische Gegenwind spürbar wurde.

Dennoch hat die SPD im Bundestagswahlkampf 2013 mit ihrem Spitzenkandidaten Peer Steinbrück den systemischen Zusammenhang zwischen der Krise in der Eurozone und dem Fehlen einer, die Währungsunion begleitenden politischen Fiskal- und Wirtschaftsunion klar herausgestellt. Doch auch dieses Narrativ verschwand mit Beginn der Koalitionsverhandlungen wieder in der Schublade. Der Koalitionsvertrag zeigte im Hinblick auf die Europapolitik keinerlei sozialdemokratische Handschrift mehr. Bezeichnend ist, dass Europapolitik in einer Unterarbeitsgruppe zur Finanzpolitik behandelt wurde.

Hatte die SPD die konservative Stabilitätspolitik tatsächlich übernommen oder konnte und wollte der SPD-Teil der Koalition in diesen Fragen nicht Position beziehen, um die wesentlichen sozialdemokratischen Regierungsziele, wie z.B. die Einführung des Mindestlohns oder Ausnahmen für die Rente mit 67, nicht zu gefährden? Hatten die kleinen